

Fachlehrpläne

Gymnasium: Politik und Gesellschaft 12 (grundlegendes Anforderungsniveau)

gültig ab Schuljahr 2024/25

PuG12 Lernbereich 1: Frieden und Sicherheit als zentrale Motive deutscher Außenpolitik verstehen (ca. 12 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *erfassen zentrale sicherheitspolitische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, um die internationale Rolle Deutschlands und die Bedeutung der Bundeswehr als Parlamentsarmee zu beurteilen.*
- *vergleichen verschiedene Friedensdefinitionen, um zu einem differenzierten Verständnis des Friedensbegriffs zu gelangen und einen Einblick in politikwissenschaftliche Diskussionen zu bekommen.*
- *gewinnen anhand konkreter Beispiele einen Überblick über zentrale Herausforderungen für Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert sowie deren Wechselwirkungen, um die zentrale Bedeutung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs für die internationale Konfliktbearbeitung nachzuvollziehen.*
- *untersuchen (z. B. ausgehend von einem meinungsbildenden Zeitungstext) an einem aktuellen Beispiel Mittel bundesdeutscher Außenpolitik, um wesentliche Motive und Einflussfaktoren zu begreifen und deren Beitrag zu Frieden und Sicherheit ggf. in Form eines Leserbriefs oder Forumsbeitrags zu beurteilen.*
- *setzen sich mit Beispielen hybrider Maßnahmen zur Interessendurchsetzung auseinander, um mögliche Kriterien zu deren Einstufung als Auffälligkeiten, Bedrohungen oder Krieg zu diskutieren.*
- *setzen sich mit einem aktuellen Auslandseinsatz der Bundeswehr als Beitrag zu Frieden und Sicherheit in der Welt auseinander (z. B. Befragung einer Zeitzeugin bzw. eines Zeitzeugen oder einer Expertin bzw. eines Experten) und verschaffen sich einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen für Bundeswehreinsätze im In- und Ausland, um die besondere Bedeutung der demokratischen*

Legitimation der Bundeswehr als sogenannte Parlamentsarmee wertzuschätzen.

- erarbeiten anhand konkreter Beispiele (z. B. des zivilen Friedensdienstes) Ablauf, Methoden und Ziele ziviler Konfliktbearbeitung, erkennen diese als einen weiteren Baustein der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik und reflektieren eigene Handlungsmöglichkeiten.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- negativer und positiver Frieden, Frieden als Prozess
- zentrale Herausforderungen für Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert, z. B. Staatszerfall, transnationaler Terrorismus, Klimawandel, Ressourcenknappheit, Migration
- umfassender Sicherheitsbegriff, z. B. Diplomatie, ressortgemeinsamer Ansatz, vernetzte Sicherheit als Zusammenarbeit vieler Politikbereiche, zivile und militärische Maßnahmen, multilaterale Zusammenarbeit
- Kriterien zur Einstufung hybrider Maßnahmen, z. B. Hemmung nachhaltiger Entscheidungsprozesse, Destabilisierung der Gesellschaft, Akteure
- Mittel bundesdeutscher Außenpolitik, u. a. Diplomatie , Bündnisse, Sanktionen
- Einflussfaktoren bundesdeutscher Außenpolitik, u. a. historische Verantwortung, geostrategische Lage, Einbindung in internationale Organisationen, Wertvorstellungen des Grundgesetzes, wirtschaftliche Interessen, öffentliche Meinung
- hybride Bedrohungen, z. B. gezielte Falschinformation, Eingriffe in die digitale und analoge Infrastruktur, Geheimdiensttätigkeit, strategische Leaks, Doxing, Proliferation
- demokratische Legitimation, Rolle und Entwicklungen der Bundeswehr
- rechtliche Grundlagen für Bundeswehreinsätze im In- und Ausland, z. B. Grundgesetz, Out-of-Area-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1994
- Methoden und Ziele ziviler Konfliktbearbeitung

PuG12 Lernbereich 2: Das europäische Projekt verstehen und mitgestalten (ca. 16 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *erkennen die Bedeutung der europäischen Einigung für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben in Europa, um das europäische Projekt wertzuschätzen und an der Umsetzung der europäischen Idee mitzuwirken.*
- vergleichen eigene Erfahrungen mit der EU und aktuelle Umfragen, z. B. Eurobarometer, um den Einfluss der Europäischen Union auf ihre Lebenswelt zu erfassen und ggf. in Form eines Schaubilds zu präsentieren.
- analysieren grundlegende Texte zur EU (z. B. Präambel des Vertrags von Lissabon) um das Selbstverständnis der EU als Wertegemeinschaft zu erkennen.
- informieren sich (z. B. anhand von Infografiken) über den institutionellen Aufbau der EU nach dem Vertrag von Lissabon, um das Zusammenwirken von intergouvernementaler und supranationaler Ebene nachzuvollziehen.
- diskutieren an einem konkreten Beispiel Chancen und Probleme einer Europäisierung des Rechts und analysieren den Prozess der Rechtsetzung in der EU mit dem Ziel, die Wechselwirkung zwischen EU und Nationalstaaten zu reflektieren.
- beurteilen unter Zuhilfenahme von aktuellen Beispielen Strukturen, Möglichkeiten und Grenzen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und wägen dabei ab, inwieweit sich die EU als einflussreicher Akteur in der internationalen Politik positionieren kann.
- beurteilen Vorschläge zur weiteren Demokratisierung der EU, um (z. B. in einem Leserbrief oder einem Forumsbeitrag) differenziert Stellung zur aktuellen Reformdiskussion zu beziehen.
- vergleichen (z. B. mithilfe der Szenariotechnik) verschiedene Szenarien zur künftigen Entwicklung der EU, um vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen Strategien für ein zukunftsfähiges Europa zu diskutieren und ggf. in einer Rede zur Zukunft des Projekts Europa zu entwerfen.
- reflektieren die Bedeutung der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für das europäische Projekt, um Maßnahmen für die Förderung eines europäischen Bewusstseins zu entwickeln.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- Wertebasis der EU, u. a. Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
- Aufbau und Zusammenwirken der EU-Organe nach dem Vertrag von Lissabon, v. a. Europäisches Parlament, EU-Kommission, Europäischer Rat, Rat der EU
- Rechtsetzungsmöglichkeiten in der EU: Verordnung, Richtlinie und Beschluss
- Europäisierung des Rechts an einem aktuellen Beispiel, z. B. Migration und Asylrecht oder Umwelt- und Verbraucherschutz in der EU
- EU als Akteur der internationalen Politik, z. B. Hoher Vertreter bzw. Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, GSVP, Diskussion um eine europäische Armee
- Reformvorschläge für das demokratische System der EU, z. B. transnationale Wahllisten, Direktwahl der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten, Struktur der Kommission, Europäischer Bürgerentscheid
- Szenarien zukünftiger Entwicklungen der EU
- europäisches Bewusstsein, Maßnahmen für dessen Stärkung, z. B. Erasmus, ErasmusPLUS, Schulpartnerschaften, gesamteuropäische Kultur- oder Sportveranstaltungen

PuG12 Lernbereich 3: Politische Systeme vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen vergleichen und Demokratie wertschätzen (ca. 20 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *untersuchen Ausprägungen von Diktatur und Demokratie, um die Gefahren antidemokratischer Entwicklungen zu identifizieren und ihre demokratische Grundhaltung zu festigen.*
- *arbeiten aus einer Darstellung zu politischen Systemen der Welt (z. B. Freedom House Map oder Bertelsmann Transformationsindex) wesentliche Kriterien als Grundlage einer vergleichenden Betrachtung politischer Systeme heraus, um sich einen Überblick über Verbreitung und Ausprägung von Demokratien weltweit zu verschaffen.*
- *untersuchen anhand der Dimensionen von Herrschaft aktuelle Beispiele politischer Systeme, um sie begründet den Herrschaftsformen*

Demokratie und Diktatur zuzuordnen und ihre Einschätzung (z. B. in Form eines Redebeitrags) zu präsentieren.

- setzen sich an einem Beispiel mit dem Verhältnis von Verfassungsnorm und Verfassungsrealität im Bereich der Menschenrechte auseinander, um den Umgang mit Menschenrechten als zentrales Unterscheidungskriterium zwischen Diktatur und Demokratie zu erkennen und für ihre Einhaltung einzutreten.
- analysieren anhand von Schaubildern parlamentarische und präsidentielle Systeme und untersuchen die jeweilige Ausprägung der Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung, um Unterschiede zu identifizieren und grundlegende Gemeinsamkeiten demokratischer Modelle zu erfassen.
- vollziehen konkrete politische Entwicklungen als Ausdruck für einen möglichen Systemwandel nach, um die Einordnung von Mischformen zwischen Demokratie und Diktatur zu diskutieren.
- setzen sich anhand eines aktuellen Beispiels kritisch mit antidemokratischen Tendenzen in Demokratien auseinander, um die Bedeutung der demokratischen Grundhaltung der Bürgerinnen und Bürger für die Stabilität des politischen Systems zu erkennen und freiheitssichernde Mechanismen sowie demokratische Problemlösungsprozesse wertzuschätzen.
- erfassen an einem Beispiel politische Reaktionen auf gesellschaftlichen Wandel, um den langwierigen Interessenausgleich und die notwendige Kompromissfindung als Ausdruck einer pluralistischen Demokratie zu reflektieren.
- beschäftigen sich mit einem Reformvorschlag für das politische System der Bundesrepublik Deutschland (z. B. im Bereich von Partizipation oder Repräsentation), um die Fähigkeit zur Weiterentwicklung der Demokratie und deren Bedeutung für die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zu beurteilen.
- untersuchen (z. B. ausgehend von einer Statistik) den aktuellen Einfluss der Digitalisierung auf die politische Willensbildung in Demokratie und Diktatur, um z. B. im Rahmen einer Podiumsdiskussion Chancen und Gefahren für die Meinungs- und Informationsfreiheit zu diskutieren.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- wesentliche Kriterien zur Bestimmung politischer Systeme, u. a. Formen der Partizipation, Ausprägungen der Gewaltenteilung und des Rechtsstaats

- Dimensionen des Herrschaftsbegriffs: Herrschaftslegitimation, Herrschaftszugang, Herrschaftsanspruch, Herrschaftsweise, Herrschaftsmonopol, Herrschaftsstruktur
- Menschenrechte als grundlegendes Unterscheidungsmerkmal von Demokratien und Diktaturen
- Kennzeichen parlamentarischer und präsidentieller Demokratien, u. a. Legitimationskette, Abhängigkeit von Parlament und Regierung
- Mischformen von Demokratie und Diktatur
- antidemokratische Tendenzen, z. B. in Politik, Medien und Gesellschaft
- freiheitssichernde Maßnahmen, z. B. Einklagbarkeit von Grundrechten, Minderheitenschutz, Diskriminierungsverbot, z. B. anhand der Situation von Menschen mit Behinderung
- Ausdruck gesellschaftlichen Wandels, z. B. in den Bewegungen für Frauenrechte und für LGBTQ⁺-Rechte, in Klimaprotesten, und politische Reaktionen, z. B. Frauenquote, Ehe für alle, Einführung der Unterscheidung von männlich/weiblich/divers, Formulierung von Klimazielen, etwa zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, Förderung regenerativer Energien
- Reformvorschlag für das politische System der Bundesrepublik Deutschland, z. B. Plebiszite auf Bundesebene, e-voting, Wahlrecht ab 16 Jahren, Direktwahl der Bundespräsidentin bzw. des Bundespräsidenten, Bürgerräte
- Einfluss der Digitalisierung auf die politische Willensbildung, z. B. Aufzeigen von Missständen, Entwicklung einer Gegenöffentlichkeit, politische Agitation, Manipulation

PuG12 Lernbereich 4: Möglichkeiten der Demokratieförderung beurteilen (ca. 8 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *setzen sich mit Chancen und Grenzen der Demokratieförderung in der Welt auseinander, um eine realistische Einschätzung der politischen Handlungsmöglichkeiten zu gewinnen.*
- analysieren einen konkreten „state building“-Prozess, um dessen Voraussetzungen und Ziele als Grundlage für Demokratisierungsprozesse zu begreifen.
- grenzen an einem Länderbeispiel innere und äußere Maßnahmen zur Demokratisierung voneinander ab, visualisieren diese (z. B. in einem

Schaubild oder einer digitalen Pinnwand) und reflektieren die Intentionen der Akteure.

- untersuchen das Zusammenwirken der Maßnahmen, um grundlegende Chancen und Hemmnisse für Demokratisierungsprozesse zu diskutieren.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- Voraussetzungen, u. a. Mindestmaß an Stabilität und Kontrolle, kohärente Zieldefinition der relevanten Akteure, grundlegende Akzeptanz der Bevölkerung, und Ziele von „state building“-Prozessen, u. a. funktionsfähige staatliche Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, nationale Souveränität
- Demokratisierungsprozesse von innen, z. B. Bildung von Interessenverbänden in der Zivilgesellschaft, Schaffung von Foren für politische Willensbildung, Ausbildung einer pluralen Öffentlichkeit, und Maßnahmen von Demokratieförderung von außen, z. B. auf zivilgesellschaftlicher, wirtschaftlicher, diplomatischer bzw. militärischer Ebene
- Akteure von Demokratieförderung, u. a. zivilgesellschaftliche Gruppen, NGOs, IGOs, Nationalstaaten